

«An Zeit verloren, aber an Klarheit gewonnen»

+ Das Gesetz zur Einführung einer elektronischen ID ist an der Urne durchgefallen. Wie das Schweizer hat auch das Freiburger Stimmvolk die Vorlage verworfen, mit 62,2 Prozent Nein-Stimmen aber etwas weniger klar. Alle Bezirke stimmten mit einem etwa gleich grossen Anteil Nein, nur im Seebezirk war es mit 59,5 Prozent knapper.

Das freut Nationalrat Gerhard Andrey (Grüne), der in einem Freiburger Komitee die Vorlage bekämpft hatte. «Es ist ein Ja zur E-ID, aber ein Nein zur Privatisierung», interpretiert Andrey das Ergebnis. Es sei aus den Debatten während der Kampagne hervorgegangen, dass sich die Ablehnung nur dagegen richtete, dass ein privater Anbieter die E-ID ausstellen soll. «Der Staat muss seine Rolle wahrnehmen. Die Bevölkerung erwartet, dass der

Bund seine Grundaufgaben im digitalen Zeitalter wahrnehmen kann.» Dass mit dem Nein des Stimmvolks eine Verzögerung zur Umsetzung eintritt, ist für ihn nicht dramatisch: «Man hat zwar etwas an Zeit verloren, aber an Klarheit gewonnen.»

Wie ihre Partei und der Staatsrat hatte sich auch CVP-Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach für das Gesetz starkgemacht. Sie bedauert das Nein: «Wir haben eine Chance verpasst, bei der Digitalisierung vorwärts zu machen und für mehr Sicherheit zu sorgen.» Sie stelle fest, dass technische Vorlagen für Unsicherheit sorgten und deshalb beim Volk eher ein Nein bewirkten, ist aber überrascht, dass sich viele Jüngere gegen die Lösung stellten. Bulliard glaubt dennoch, dass der Bund schnell eine neue Lösung präsentieren wird. *uh*